

Niederrheinische Klimazeitung



Klimabündnis Niederrhein

Ausgabe 1 April 2009

Liebe Leserinnen und Leser,

wir wissen um die Dramatik des Klimawandels, um seine Opfer, die Täter und seine himmelschreiende Ungerechtigkeit zwischen Arm und Reich. Wir wissen, dass Deutschland wahrlich kein Vorbild ist. Über 10t CO₂ pro Kopf pro Jahr, in NRW sogar 17t. Wir produzieren die schmutzigsten Autos, errichten zwei Dutzend neue Kohlekraftwerke, bauen die Autobahnen aus und subventionieren etliche neue Flughäfen. Gleichzeitig wird uns die Renaissance der Atomenergie als Lösung unserer Probleme angeboten. Konzerne wie die Essener RWE und die Düsseldorfer EON wollen in Deutschland längere Laufzeiten für AKWs durchsetzen und in anderen Ländern neue Atomkraftwerke bauen. Das alles, obwohl wir bei den Ländern des Südens schon hohe Klimaschulden aufgetürmt haben.

Aus diesem Grund haben sich im Juni 2008 einige Organisationen sowohl aus dem Umwelt- als auch aus dem politischen Bereich entschlossen, das Klimabündnis Niederrhein zu gründen. Diese Idee ist entstanden, nachdem es im Vorjahr größere Aktionen zum Klimaaktionstag am Braunkohlekraftwerk Neurath gegeben hatte. Zu dieser Demonstration hatte die neue gegründete Klima-Allianz aufgerufen, in der sich bundesweit damals rund 40 Organisationen zusammengeschlossen hatten.

Mit unserem Bündnis am Niederrhein wollen wir die verschiedenen Bürgerinitiativen, Umweltgruppen und politischen Organisationen miteinander vernetzen, um einen regen Informationsaustausch in Gang zu setzen und gleichzeitig neue Aktionsspielräume für uns aufzubauen.

Mit Vortragsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Filmabende und Ausstellungen begannen wir im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2008 einerseits die verschiedenen Auswirkungen und Einflüsse des durch Menschen gemachten Klimawandels auf das

menschliche Leben aufzuzeigen. Andererseits stellten wir in unseren Veranstaltungen immer wieder Alternativen zur aktuellen Politik vor.

Am Anfang dieses Jahres haben wir beschlossen eine Zeitung herauszugeben, die über die regionalen Aktivitäten im Bereich „Klimawandel“ informieren soll. So liegt Euch jetzt die erste Ausgabe unserer „Niederrheinischen Klimazeitung“ vor. Im Mittelpunkt der ersten Ausgabe steht die Demonstration gegen das geplante Kohlekraftwerk in Krefeld und die Anti-Atom Demonstration in Münster.

Wir hoffen, dass wir Euch Anregungen und Informationen geben können, die es in der „normalen“ Presselandschaft nicht gibt.

Es grüßt Euch herzlich,
Wilfried Mohr und Klaus Kubernus-Perscheid

Inhalt:

Demonstration gegen das Kohlekraftwerk in Krefeld

Demonstration in Münster
"Tschernobyl mahnt - Atomanlagen sofort stilllegen"

Moratorium für Kohlekraftwerke

Stromwechsel jetzt! - Ökostrom statt Kohle und Atom!

Zur Geschichte des neuen Kohlekraftwerks Walsum (Block 10)

Klima - Ungerechtigkeiten

Das Klimabündnis Niederrhein

Termine

Demonstration gegen das Kohlekraftwerk in Krefeld

Motto: Wir lassen uns nicht verkohlen!

Sa., 6. Juni 2009, 12:00 -16:00 Uhr Krefeld Uerdingen vor dem Rathaus (Marktplatz 1)

Die Bürgerinitiative Saubere Luft e.V. und der Niederrheinische Umweltverband NUV haben sich in der letzten Woche zusammen mit weiteren Duisburger und Krefelder Umweltverbänden grundsätzlich auf eine Großdemonstration am Samstag, den 6. Juni 2009 gegen das geplante Kohlekraftwerk der Firma Trianel verständigt. Die Aktion wird sich inhaltlich sowohl gegen das Kohlekraftwerke als Klimakiller wenden als auch damit auseinandersetzen, dass das geplante Großkraftwerk und die weiteren Großprojekte "Erweiterung der Müllverbrennungsanlage Krefeld" sowie das Projekt "Zementwerk im Hafen Krefeld" mit ihren Feinstaub- und Schadstoff Emissionen auf lange Sicht alle Bemühungen zunichte machen, die Luftqualität im Krefelder und Duisburger Raum grundsätzlich zu verbessern.

Aus Sicht der Umweltverbände ist das Kohlekraftwerk in Uerdingen tatsächlich noch zu verhindern, vorausgesetzt der politische und juristische Widerstand artikuliert sich unüberhör- und unübersehbar. Wir werden daher in den kommenden 3 Monaten bis zum 6. Juni die Bürgerinnen und Bürger unserer Region versuchen dazu zu bewegen, sich massenhaft an diesem Protest zu beteiligen und bemühen uns zu diesem Zweck auch in Rheinhausen um ein breites

Bürgerbündnis aus Vereinen, Gemeinden und Parteien.

Besonders erfreulich ist, dass sich die Klimaallianz, in der inzwischen über 100 Nichtregierungsorganisationen aus dem Bereich Umwelt, Kirche, Entwicklung und Soziales, vernetzt sind, entschlossen hat, zu dieser Demonstration am 6. Juni auch bundesweit zu mobilisieren. Auch das Online Netzwerk Campact, bekannt durch seine Auftritte mit dem Kohlosaurus, wird die Demonstration unterstützen.

Das macht uns Mut, denn inzwischen wurden mehrere geplante Kohlekraftwerke aufgrund des Widerstands breiter gesellschaftlicher Kreise gekippt. Über 2 Jahre sind nun seit der ersten Veröffentlichung der Planung für Krefeld-Uerdingen vergangen.

Aufgrund des Widerstands auf verschiedenen Ebenen sind bis heute noch nicht einmal die Antragsunterlagen öffentlich zur Auslegung gekommen. Sollte dies in den nächsten Monaten erfolgen, sind wir auch juristisch gut vorbereitet und werden den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, massenhaft Einwendungen zu formulieren.



Tschernobyl mahnt:

Keine Renaissance der Atomenergie – Atomanlagen sofort stilllegen!!

Überregionale Demonstration in Münster

25. April, 11 Uhr, Hindenburgplatz

In der Nacht vom 25. auf den 26. April 1986 explodierte in Tschernobyl ein Atomreaktor. Millionen von Menschen in der Ukraine und Weißrussland leiden noch heute unter den Folgen der Verstrahlung. Tschernobyl hat auf tragische Weise gezeigt: Atomkraft ist nicht beherrschbar – Atomkraft tötet. Atomkraft ist auch keine Lösung



gegen den Klimawandel – hier helfen nur erneuerbare Energien.

Doch seit einigen Jahren versucht die Atomindustrie in Deutschland und anderswo massiv, eine „Renaissance“ der Atomenergienutzung zu erzwingen. Atomkonzerne

wie die Essener RWE und die Düsseldorfer EON wollen in Deutschland längere Laufzeiten für AKWs – in Bulgarien, Rumänien, Litauen, Finnland und Großbritannien wollen sie neue Atomkraftwerke bauen. Mit deutscher Unterstützung wird auch in Frankreich ein neues Atomkraftwerk gebaut – ist Tschernobyl schon vergessen?

Auch in Nordrhein-Westfalen setzen die Atomindustrie und die Landesregierung skrupellos auf den Ausbau der Atomanlagen:

Ahaus: Ab 2010 sollen mehrere Hundert Atomfässer mit hoch verstrahltem Atommüll aus der französischen Plutoniumfabrik La Hague sowie der Kernforschungsanlage Jülich nach Ahaus gebracht werden. Sogar die Einlagerung von unverpacktem Atommüll ist beantragt – die für die Genehmigung zuständige Bezirksregierung Münster und das Bundesamt für Strahlenschutz verweigern trotzdem jede Beteiligung der Öffentlichkeit!

Gronau: Die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage in Gronau wird derzeit massiv ausgebaut und soll in Zukunft 35 große Atomkraftwerke mit Uranbrennstoff versorgen. Die deutschen Anteilseigner der Betreiberfirma Urenco sind RWE und EON. In einer bereits genehmigten neuen Atommüllhalle in Gronau sollen bis zu 60000 Tonnen abgereicherten Uranmülls „zwischen“-gelagert werden – sichere Endlagerung ungelöst. Auch die niederländische Nachbar-Urananreicherungsanlage in Almelo wird drastisch ausgebaut.

Hamm: Ein Abriss des stillgelegten Pleitenreaktors THTR in Hamm wird etliche hundert Millionen Euro kosten. Obwohl ein THTR-Nachfolgereaktor sogar in Südafrika wegen technischer und finanzieller Probleme nicht mehr realisiert werden kann, steckt die NRW-Landesregierung viele Millionen in die Weiterentwicklung und will nach der Bundestagswahl sogar in NRW neue Hochtemperaturreaktoren bauen!

Jülich: Bis 2013 soll das Zwischenlager des Kernforschungszentrums geräumt werden – nach Ahaus! Aber die Leichtbauhalle in Ahaus ist keine Lösung, sondern verschleiert das Grundproblem: Es gibt keine langfristig sichere Endlagerung von Atommüll weltweit!

Krefeld/Duisburg/Mülheim: In Krefeld produziert die Firma Siempelkamp u. a. Castor-Behälter, in Mülheim ist die GNS mit der Herstellung von Castoren beschäftigt und in Duisburg produziert die AREVA-Tochter ANF Rohre für Atomkraftwerke.

Lingen: Im benachbarten Niedersachsen soll das Atomkraftwerk Lingen II bis mindestens 2020 laufen – bis dahin droht jederzeit ein Super-GAU made in Emsland! Die Lingener Brennelementefabrik ist die einzige Atomanlage in Deutschland, in der angereichertes Uran aus Gronau verarbeitet werden kann.

Urantransporte: Quer durch Nordrhein-Westfalen wird Natururan in Form des hochgefährlichen Uranhexafluorid von Südfrankreich per LKW und Bahn nach Gronau gefahren. Seit 1996 wurden von Gronau per Zug – mitten durch Münster! – rund 30000 t Uranmüll nach Russland zur Endlagerung unter freiem Himmel gebracht. Für RWE und EON ist dieser Uranmüllexport extrem billig – leiden müssen die Menschen in Russland. Uranmüll aus Gronau wurde auch bereits nach Südfrankreich gebracht!

Diese aggressive Atompolitik ist absolut unverantwortlich! Deshalb fordern wir:

- **Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen !**
- **Kein neuer Atommüll nach Ahaus oder nach Gorleben !**
- **Keine Inbetriebnahme des geplanten Endlagers Schacht Konrad !**
- **Keine deutsche Beteiligung an AKW-Neubauten in Europa oder anderswo !**
- **Auflösung der Atomkonzerne RWE, EON, EnBW und Vattenfall !**



Die Atomindustrie macht massiv Druck, um in Europa neue AKWs zu bauen und die alten Reaktoren in Deutschland bis ultimo weiterlaufen zu lassen.

Dagegen regt sich immer mehr Protest und Widerstand. Mit einer großen, bunten und kreativen Demo wollen zahlreiche Anti-Atom- und Umweltgruppen zum 23. Tschernobyl-Jahrestag in Münster ein starkes Zeichen gegen die aggressive Atomlobby setzen: "Tschernobyl mahnt - Atomanlagen sofort stilllegen"

Moratorium für Kohlekraftwerke

Die Geschäftsgrundlage der großen Stromkonzerne EON, RWE, Vattenfall und ENBW zerbricht allmählich. Ihr 1. Standbein, die Energiegewinnung aus *Atomreaktoren*, geht allmählich – trotz erheblichen Widerstandes – verloren. Die großen *Kohlekraftwerke*, ihr 2. Standbein, sind aus Gründen des Klimaschutzes mittel- bis langfristig nicht mehr tragfähig.

Wie gehen die Stromkonzerne mit diesen düsteren Zukunftsaussichten für ihre börsennotierten Unternehmen um? Sie propagieren den Ausbau der Atomkraftwerke und den Bau von rund 45 neuen Kohlekraftwerken. Also frei nach dem Motto von *Robert Jungk* „**Sie tun nicht, was sie wissen**“ wird der falsche Weg weiter beschritten.

Und zwar mit der Begründung, AKW's seien Kohlendioxid-(CO₂)-frei und eine optimale Alternative für die Erzeugung von Energie. Tatsächlich emittieren – wenn man den gesamten Lebenszyklus des nuklearen Systems betrachtet - AKW's indirekt mit 32 Gramm mehr CO₂ als Biogas-Blockheizkraftwerke (so nach einer Studie des Öko-Instituts vom März 2007). Die Abfallproblematik in diesem Zusammenhang und das erhöhte Risiko für Millionen von Menschen wollen wir dabei unbeachtet lassen.

Konzentrieren wir uns daher auf die Problematik, die mit dem Bau neuer **Kohlekraftwerke** zusammenhängt. Zu Recht werden diese als **Klimakiller Nr. 1** bezeichnet. So emittiert z.B. der größte Verschmutzer, ein Braunkohlekraftwerk, 1150 Gramm CO₂. Addiert man den CO₂-Ausstoß aller geplanten deutschen Kohlekraftwerke und legt eine durchschnittliche Laufzeit von 40 Jahren zugrunde, dann ergäbe sich im Jahr **2050** durch diese Anlagen eine CO₂-Last von 170 Millionen Tonnen jährlich. **Damit wären alleine durch Kohlekraftwerke 80% der in Deutschland angestrebten CO₂-Emissionen bereits vergeben.** Haushalte, Verkehr, Industrie und die übrige Stromerzeugung müssten sich dann mit einem jährlichen Ausstoß von ca. 30 Millionen Tonnen CO₂ begnügen. Wie das gehen soll, kann keiner der Lobbyisten sagen.

Als „Entlastung“ gegenüber diesen Fakten wird neuerlich das „saubere Kohlekraftwerk“ mit einer Abscheidung von CO₂ und unterirdischer Lagerung propagiert. Doch gibt es neben ungelösten Forschungsfragen bei der Endlagerung auch wirtschaftliche Bedenken, und der sog. Wirkungsgrad (also der aus der Kohle gezogene Nutzen) wäre mit ca. 30% so schlecht wie bei den ältesten Kohlekraftwerken, die vor 100 Jahren gebaut wurden!

Aus all diesen Begründungen ergibt sich die Forderung nach einem Moratorium für die „Steinzeittechnologie“ Kohlekraftwerk. Der falsche Weg, auf Kohlekraft und Atomstrom zu setzen, muss nicht weiter verfolgt werden. Die lächerliche Aussage, dann „gingen die Lichter aus“, ist nicht haltbar, da selbst die bei der Bundesregierung angesiedelte Energie-Enquete-Kommission eine **„solare Vollversorgung in Deutschland bis 2050 für möglich hält“** (Bericht vom April 2003). Ähnliches kann in verschiedensten Studien nachgelesen werden.

Allgemein anerkannt sind die Aussagen, dass ca. 40% der Energie alleine durch Einsparen von Strom und durch vernünftige Dämmung der Häuser gewonnen werden könnten. Das Einsparpotential ist so groß, dass nicht nur alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden könnten, sondern auch die Kohlekraftwerke. Biogas-Kraftwerke in Kombination mit Erneuerbaren Energien (Solarstrom, Geothermie, Wasser- und Windkraft) könnten als „virtuelle Kraftwerke“ die alte Steinzeittechnologie ablösen. Und im übrigen ist diese Entwicklung diejenige, die **mehr Arbeitsplätze** bringt. Die Studie „Eine solare Energieversorgung für Europa“ (Lehmann 14.11.2001) kommt zum Ergebnis, dass über regenerative Energien bis zum Jahr 2050 vier Millionen Arbeitsplätze entstehen werden, bei den fossilen Energien aber nur 1,7 Millionen. Wir kennen das ja auch aus Walsum. Von den versprochenen 40 Arbeitsplätzen beim Kohlekraftwerk blieb ja bekanntlich keiner mehr übrig. Es werden Arbeitskräfte jeweils nur umgeschichtet. (W.M.)

Stromwechsel jetzt! - Ökostrom statt Kohle und Atom!

Es gibt viele gute Gründe, den großen Stromkonzernen den Rücken zu kehren!

Wechseln Sie ihren Stromanbieter:



- **KLIMASCHUTZ** - Wer sich für den Klimaschutz einsetzen will, muss den Ausbau erneuerbare Energien fördern und eine effiziente Kraftwärmekopplung ausbauen. Die vier großen Stromkonzerne in Deutschland planen hingegen den massiven Neubau von Kohlekraftwerken mit hohem CO₂-Ausstoß.
- **ATOMKRAFT** - Während die Stromkonzerne mit der subventionierten Atomkraft viel Geld verdienen, tragen wir alle das Risiko. Störfälle in Atomkraftwerken sind keine Seltenheit. Viele werden vertuscht. Den Betreibern sind Profit und lange Laufzeiten wichtiger als die Sicherheit der Atomkraftwerke. Die Öffentlichkeit wird bewusst getäuscht. Das absaufende Atom Müll"end"lager Asse II bei Braunschweig macht deutlich: Keiner weiß wohin mit dem todbringenden Atom Müll.
- **MONOPOLE** - Die Stromkonzerne EnBW, RWE, E.on und Vattenfall teilen sich den deutschen Strommarkt. Durch ihre Monopolstellung können sie die Strompreise diktieren. Sie berechnen ihren Kunden nicht ihre tatsächlichen Kosten sondern fiktive Preise einer von ihnen gesteuerten Strombörse. Während die Konzerngewinne steigen, werden die Strompreise noch erhöht.

Siehe auch die aktuelle Aktion von urgewald und Schrot&Korn unter: <http://www.stromwechselln-wirkt.de>

Zur Geschichte des neuen Kohlekraftwerks Walsum (Block 10)

BI gegen Umweltgifte Duisburg/BI gegen das Kohlekraftwerk Walsum

Mit dem 4. Oktober 2005 tritt die BI gegen das Kraftwerk Walsum zum ersten Mal in Erscheinung. Die von einigen Walsumer Bürgerinnen und Bürger begründete Initiative tritt an die Öffentlichkeit, um die Walsumer Bürger über die Erweiterung des Kraftwerkes zu informieren. Denn weder Politik und Verwaltung noch die Betreiberin des Kraftwerkes, die STEAG AG (heute Evonik), haben es für notwendig befunden, die Betroffenen zu informieren. Die Bürger sind entsetzt, als sie zum ersten Mal erfahren, was für ein Riesenklötzchen an Kühlturm sozusagen direkt "mitten ins Dorf" (Alt-Walsum) gebaut werden soll.

Der Widerstand formiert sich in breiter Form noch innerhalb von einer Woche. In der Folgezeit kommt es zu Protestaktionen der verschiedensten Art: Unterschriftenaktionen als Einwendung gegen den geplanten Ausbau des Kraftwerkes, Infostände, Übergabe der Unterschriften mit reger Beteiligung der Presse, Fernsehauftritte usw. Nach ca. drei Wochen hat die Bürgerinitiative 1300 Einwendungen gegen den Ausbau des Kraftwerkes gesammelt. Fast jeden Tag findet sich nun ein

Bericht über die Kraftwerkserweiterung in der Presse. Endlich erfahren die Menschen, was sie besonders angeht.

Bei den Protestaktionen ist auffällig, wie viele Kinder immer wieder dabei sind. Auch auf dem Erörterungstermin, der vom 15. - 17. November 2005 stattfindet, sind es die Kinder, die die entscheidenden Fragen nach dem Gewissen der Verantwortlichen stellen. Sie wollen wissen, wie ihre Gesundheit geschützt und wie der Klimawandel aufgehalten werden kann.

Bei dem Erörterungstermin selbst können die Einwände bei allen Tagesordnungspunkten nachweisen, wie schlecht und unzureichend die Antragsunterlagen sind. Es fehlen z.B. Untersuchungen zu Auswirkungen des Lärms auf Krankenhaus und Kindergarten, es fehlen Angaben zu der Staubentwicklung in unmittelbarer Nähe des Kraftwerkes, etc. In der Emissionserklärung sind Zahlen bewusst klein gerechnet worden, um die Werte in der Immissionsprognose schön rechnen zu können. So sollen die Bürger betrogen werden. In

einem Fall (Vogelschutz) werden Unterlagen bewusst falsch dargestellt, indem Fakten unterschlagen werden...usw

Am 13.2.06 reichte die BI gegen den Bebauungsplan Nr. 958 eine so genannte Normenkontrollklage ein, weil damit geklärt werden sollte, ob die STEAG ohne Bebauungsplan auf dem Gelände das neue Kraftwerk bauen durfte.

Das Normenkontrollverfahren wurde Ende 2007 negativ beschieden und zurückgewiesen. Ebenso wurde der Widerspruch gegen die so genannte **Vorbescheidsgenehmigung** am 7.8.2007 von der Bezirksregierung Düsseldorf abgelehnt. Die

Klima - Ungerechtigkeiten

Seit den Veröffentlichungen des Weltklimarates (IPCC) zur Klimaänderung im Jahre 2007 wird endlich allgemein anerkannt, was das Wissen um Ursachen und Folgen der Klimaerwärmung betrifft. Dennoch haben diese Erkenntnisse keine erkennbaren Folgen für die Politik. So werden in unserer Nähe zwei neue Kohlekraftwerke (Walsum und Krefeld) gebaut, der Flughafen in Weeze von allen verantwortlichen Parteien begrüßt und das Flugbenzin weiter subventioniert, die Autolobby in Zeiten der Finanzkrise unterstützt und der Lebensstil der Industriegesellschaft noch nicht einmal in Frage gestellt.

Der dringend so notwendige Umbau der industriellen Produktion und der Energieversorgung findet nicht statt. Das geschieht gerade so, als wenn wir noch Jahre Zeit hätten uns auf die Unwegsamkeiten der Klimaerwärmung vorzubereiten.

Dabei sind die Auswirkungen der Klimaerwärmung seit Jahren spürbar und sind gleichzeitig Ausdruck

Das Klimabündnis Niederrhein

Ziele

Gemeinsam wollen wir versuchen, das Thema Klimawandel und dessen Folgen noch stärker als bisher bei unseren MitbürgerInnen zu verankern. Dabei sehen wir folgende Hauptziele, die wir unseren MitbürgerInnen näher bringen möchten:

Vorfahrt für Energieeinsparung und effiziente Energienutzung durch

- Verringerung des Stromverbrauchs um jährlich mindestens ein Prozent

Bürgerinitiative hat den Klageweg nicht weiter verfolgt.

Mittlerweile steht der Kühlturm, der mit seinen Ausmaßen **größer als der Kölner Dom** ist. Das „neue Denkmal“ Walsums ist nun weithin sichtbar. Einige Duisburger Parteien überlegen – man glaubt es kaum -, ob der hässliche Turm womöglich angemalt oder beleuchtet werden soll. Inzwischen mehren sich die Gerüchte, dass Evonik ein 2. Kraftwerk auf dem freigewordenen Gelände des Schachts Walsum bauen will. Die ‚großen‘ Parteien in Walsum erklären, dass sie ein neues Kraftwerk verhindern wollen. Wir sind gespannt wie. Wir hoffen, dass wir sie für eine gemeinsame Strategie gewinnen können. (W.M.)

globaler Ungerechtigkeit, die vor allem diejenigen zu spüren bekommen, die am wenigsten zu den Ursachen beigetragen haben. Das sind Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die ihre Ernten durch Wüstenbildung verlieren. Es sind vor allem SlumbewohnerInnen, deren Hütten durch Flutkatastrophen weggespült werden. Schon jetzt gibt es mehr als 20 Mio. Menschen, die ihre Heimat aufgrund der veränderten Umweltbedingungen verlassen müssen. Dies wird von der Öffentlichkeit und der herrschenden Politik bisher ignoriert.

Um diesen Ungerechtigkeiten entgegenzutreten muss eine radikale Energiewende in den Industriestaaten erfolgen. Weiterhin muss der rechtliche Status von Umweltflüchtigen geklärt und solchen ein dauerhaftes Bleibe- und Aufenthaltsrecht gewährt werden. Außerdem sind die Industrieländer gefordert, den betroffenen Staaten ausreichende Ressourcen und Mittel bereitzustellen, um die Auswirkungen des Klimawandels bewältigen zu können. (KKP)



Klimabündnis Niederrhein

- energetische Sanierung von drei Prozent aller Altbauten pro Jahr.

Vorrang für eine Klima schonende, dezentrale Stromerzeugung durch

- die Beendigung der Benachteiligung von Gaskraftwerken im Vergleich zu Kohlekraftwerken im Emissionshandel
- Verdreifachung des Anteils der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung auf Basis erneuerbarer Energien und Erdgas bis 2020
- ein Moratorium für den Bau neuer Kohlekraftwerke, um den Aufbau einer klimaverträglichen Energieversorgung nicht zu behindern.

Ausstieg aus der hochriskanten Atomkraftnutzung durch

- die möglichst schnelle Abschaltung der Atomkraftwerke mindestens nach der Vereinbarung zum Atomausstieg

Zügiger Ausbau der erneuerbaren Energien durch

- eine konsequente Fortführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Strombereich
- ein Fördergesetz für die erneuerbaren Energien im Bereich Gebäudeheizung, -kühlung und Warmwasserbereitung.

Eindämmung des Emissionswachstums im Verkehr durch

- strenge gesetzliche Verbrauchsgrenzwerte für PKW und LKW
- ein generelles Tempolimit auf Autobahnen (120 km/h)
- eine stärkere staatliche Förderung des Öffentlichen Personenverkehrs
- die effektive Einbeziehung des Flugverkehrs in den europäischen Emissionshandel
- die Einführung einer Kerosinsteuer.

Bereitstellung angemessener Finanzmittel zur Armutsbekämpfung sowie für Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern durch

- einen verbindlichen jährlichen Stufenplan, um den Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen, insbesondere durch Steigerung der Haushaltsmittel, auf 0,7% bis 2015 zu erhöhen

Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels durch

- die Ausweitung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und die Einbeziehung klimapolitischer Ziele in Armutsbekämpfungs- und Entwicklungsstrategien
- die konsequente Ausrichtung der deutschen und europäischen Entwicklungs-, Außen- und Handelspolitik auf das gemeinsame Ziel einer wirksamen, nachhaltigen Armutsbekämpfung.

Bisher haben sich 11 Gruppen zum Klimabündnis Niederrhein zusammengeschlossen:

- **Attac Duisburg**

Wolfgang Brahmman, Bottroper Strasse 38, 46117 Oberhausen
Tel: (0208) 810 87 37, mobil: 0163 - 811 90 11,
duisburg@attac.de

- **Attac Niederrhein**

Schwerpunkte: Armut und Reichtum, Klimawandel und Gerechtigkeit, Rechtsextremismus
Christa Kalisch, Bertha von Suttner Str. 1a, 46509 Xanten, Tel. (02801) 70 122
christakalisch@web.de
www.attac-niederrhein.de

- **BUND Duisburg**

Kerstin Ciesla, Landwehrstr. 28, 47119 Duisburg, Tel: (0203) 87 22 70
Kerstin@keineFirma.de
http://www.bund-duisburg.de

- **Bürgerinitiative gegen Umweltgifte Duisburg-Nord**
Charlotte Weyers, Hufstr. 38, 47166 Duisburg, Telefon/Fax: (0203) 551346
kontakt@buergerinitiative-duisburg.de
<http://www.buergerinitiative-duisburg.de>
- **Bürgerinitiative gegen das Kohlekraftwerk Walsum**
Wilfried Mohr, Völklinger Str. 5, 47178 Duisburg-Walsum
- **Bürgerinitiative gegen Giftmüll e.V. Dinslaken**
Jürgen Gleußner, Schützenstraße 84, 46535 Dinslaken, Telefon: (02064) 4750900
bigg-dinslaken@web.de
- **Bündnis90/ Die Grünen Dinslaken**
<http://www.gruene-dinslaken.de/>
- **Bündnis90/ Die Grünen Duisburg-Walsum**
Jürgen Schröder, Schulstr. 55, 47179 Duisburg, Tel.: (0203) 494873
- **Bündnis90/ Die Grünen OV Geldern**
Schwerpunkte zum Thema Klimawandel und Umweltschutz:
Ressource Grundwasser, Umweltverträgliches Bauen, Erneuerbare Energien,
Verkehrs- und Umweltbelastung
Bernd Bianchi, Bartelter Weg 50, 47608 Geldern, Tel. (02831) 86280
www.gruene-geldern.de
- **Bürgerinitiative Saubere Luft DU Rheinhausen**
Norbert Bömer
<http://www.bi-saubere-luft.de>
- **DIE LINKE Kreisverband Kleve**
<http://lcmskvkleve.linkes-cms.de/>

Termine:

24.-26. April 2009

Vierter McPlanet.com Kongress

TU Berlin

Veranstalter: Attac, BUND, eed, Greenpeace,
Heinrich Böll Stiftung

Di. 19. Mai 2009, 19.00 Uhr

Der Klimawandel und das neue Kohlekraftwerk in Krefeld

Referentin: Kerstin Ciesla (BI Saubere Luft e.V.)

Einstein, Karthaus 10, 46509 Xanten

Veranstalter: ATTAC Niederrhein

<p>Verantwortlich i.S.d.P.: <i>Klaus Kubernus-Perscheid</i> <i>Pastor Wolf Str. 12</i> <i>46487 Wesel</i></p>
--